

Kundgebung 06.11.2024

Liebe Kundgebungsteilnehmer, liebe Sozialengagierte,

Ich begrüße Sie alle aus den Bundesländern und die Berliner, als Vorsitzende des Landessenorenbeirates Berlin, als Stimme der Berliner Senioren, hier zur Kundgebung vor dem Brandenburger Tor sehr herzlich.

Der Ort ist vom Bündnis der Organisatoren weise gewählt.

Berlin begeht den 35. Jahrestag des Mauerfalls am 09. November 2024 mit einem großen Fest. Das Brandenburger Tor ist ein Wahrzeichen mit Geschichte.

Wir alle haben uns getroffen, weil wir ein gemeinsames Anliegen haben.

Wir wollen das die Bundesregierung und der Bundestag eine sozial und- Generationen gerechtere Politik machen.

Der soziale Frieden basiert auf Gerechtigkeit.

Wir wollen als Rentnerinnen in Deutschland nicht weiter abgehängt werden.

Und wir haben ein Recht auf ein Gutes leben im Alter.

Die Altersarmut in der Hauptstadt hat einen neuen Höchststand erreicht.

Aktuellen Zahlen zufolge erhalten (März 2024) rund 97000 Senior*innen und Menschen mit voller Erwerbsminderung in Berlin Grundsicherung im Alter.

Jeder fünfte Senior ist armutsgefährdet – eine Zahl, die vermutlich noch höher ist.

In keinem anderen Bundesland arbeiten so viele Menschen im Rentenalter.

Die Inflationsrate und die rasant ansteigenden Preise u.a.

die Kosten für Energie, Mobilität, steigende Mieten, Waren des täglichen Bedarfs und Lebensmittel, verschärfen unsere finanzielle Situation erheblich.

In Berlin leben 37000 Menschen, überwiegend Ältere in Notunterkünften, weil sie keine Wohnung haben.

Zelte, Brücken und die Straße sind aber kein Wohnraum.

Wir stehen vor massive Kürzungen u.a. im sozialen Bereich, bei den sozialen Angeboten und Leistungen. Das betrifft alle Generationen.

Das müssen wir nicht akzeptieren.

**Aufstockung statt Kürzungen sind zwingend notwendig.
Wir, die Senioren warnen vor einer Destabilisierung der Sozialen Infrastruktur.**

Sie führt auf direktem Weg zur Verschärfung von Armut.

„Wir fordern ein menschenwürdiges Leben im Alter ohne die Notwendigkeit, Pfandflaschen aus dem Berliner Stadtmüll zu sammeln“, um sich vom Pfandgeld Lebensmittel zu kaufen.

„Die Folgen der Inflation wurden auf der Bundesebene bisher nicht ausreichend aufgefangen.

Berlin strebt ein neues Gesetz für ein „Gutes Leben im Alter“ an. Wir wollen, dass es bis 2026 nicht nur erarbeitet, sondern auch beschlossen wird.

Wir rufen alle Bundesländer und Seniorenorganisationen auf, sich uns anzuschließen.

Es ist die Pflicht der Politik, soziale Ungerechtigkeiten zu verhindern und zu beseitigen.

Eine der ältesten Hausbesetzerinnen der Welt gab mir mit auf den Weg, „Wir sind alt, aber nicht dumm und wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und schon gar nicht abhängen“.

Gegen Altersarmut hilft auch Geld.

Wir die Rentner*innen haben Anspruch auf die Inflationsausgleichprämie noch 2024 – das ist gerecht!“